



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

145 (26.3.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-332990](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-332990)

General-Anzeiger



Abonnement

(Badische Volkszeitung)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt)

20 Pfennig monatlich.
Zwischen 24 bis 28 Pfennig
nach der Post bez. incl. Post
ausschlag N. 1.43 per Quartal
Einzel-Nummer 6 Pf.

Badische Neueste Nachrichten

Telegraphen-Adresse
„Journal Mannheim“

Telefon-Nummern:
Direktion u. Buchhaltung 1440
Druckerei-Bureau (Ein-
nahme u. Druckarbeiten) 842
Redaktion 877
Expedition und Verlags-
buchhandlung 818

Inserate:
Die 4. und 5. Seite . . . 25 Pf.
Ruhmreiche Inserate . . . 50
Die 1. und 2. Seite . . . 1 Mark

Bestenfalls und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigens Redaktionsbureau
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Morgenblatt Vormittags 4 1/2 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 115.

Donnerstag, 26. März 1908.

(Abendblatt.)

Die Krisis im Linksliberalismus.

Unstreitig darf man von einer Krisis im Linksliberalismus sprechen. Geht auch nicht gerade alles drunter und drüber und ist es noch weit bis zu Sezessionen, die die Fraktionsgemeinschaft in Frage stellen, so gährt es doch gewaltig. Da sind auf der einen Seite die Herren Gerlach, Breitscheid und ihre Gleichen, Ihnen ruft heute in nur zu berechtigtem Unwillen die „Freisinn. Ztg.“ zu: „Wir würden es liebhaft begrüßen, wenn endlich eine scharfe Grenzlinie zwischen Liberalen und Demagogen gezogen würde.“ Die gerade auch in Süddeutschland so viel bewunderten Idealpolitiker sozialliberaler Färbung sind hier außerordentlich richtig gekennzeichnet und ihr Wesen scharf von dem des wahren Liberalismus geschieden. Ob sie nun eine neue Partei gründen oder nicht, ob sie innerhalb der Fraktionsgemeinschaft die unklaren Köpfe und Gefühlspolitiker noch mehr verwirren, sie sind unstreitig ein „Ferment der Dekomposition“. Da sind auf der anderen Seite in der süddeutschen Volkspartei Politiker, die wegen des Kompromisses beim Reichvereinsgesetz in der blindwichtigsten Weise auf die eigenen Parteigenossen loskamen. Unter ihnen hat sich in den letzten Tagen ganz besonders hervorgetan und besonders wild und wütig geberdet der bekannte bayerische Landtagsabgeordnete Duidde. Das Stuttgarter Zentrumblatt „Deutsches Volksblatt“ veröffentlichte vorgestern ein streng vertrauliches Rundschreiben an seine demokratischen Parteifreunde. Zur Kennzeichnung der gärenden Zustände im Linksliberalismus seien aus diesem unglaublichen Schreiben nur einige Stellen wiedergegeben:

Das was niemand für möglich hielt, ist nun doch geschehen. Wir werden einig sein in dem Urteil, daß diese Polenpolitik eine einzig schamlose Verletzung der Reichsgläubigkeit und des modernen Kulturempfindens ist, zugleich eine nationale Gefährdung für das Deutsche Reich. Nun sollen wir eine Unterdrückung, die die Komplexion dieser Polenpolitik ist, beschließen helfen, damit sie nicht dieselbe in etwas schärferer Form gegen uns beschließen wird. Wir dürfen uns nicht zum Mitschuldigen machen an der schändlichen Politik des Unrechtes und der Vergewaltigung, aus der nur schwerer Unheil folgen kann, wie auch unsere Abgeordneten selbst gefügt haben. Wenn sie gleichwohl zustimmen, so liegt der entscheidende Grund wohl in dem Wunsche, die Fortführung des Blocks unter Aufrechterhaltung des Zentrums zu ermöglichen. So hoch man dieses Ziel schätzen mag, darf doch gesagt werden, daß die parlamentarischen Vertreter leichter als die außenstehenden Parteigenossen dazu geneigt sein werden, sie zu überschätzen. Selbst die Linksliberalen Einigung wäre mit einer Preisgabe unserer Parteigrundsätze und mit der daraus folgenden Einbuße an politischem Vertrauen zu teuer bezahlt. Kein Freisinniger, auch wenn er selbst in dieser Frage anders steht, darf uns vergleichen als Bedingung des Zusammengehens zumuten.

Das sind Gefühlsausbrüche, für die dem Realpolitiker einfach das Verständnis abgeht. Und die sie niederschreiben, sind Theoretiker, Prinzipienfanatiker, die einem wirklich fürchterlich zu werden anfangen. Zwischen Baver und Duidde kann wohl die Wahl nicht schwer fallen.

Wir wollen nicht die Sprachenfrage nochmals aufrollen, unter verständigen Leuten besteht Uebereinstimmung, daß sie

nicht so gelagert ist, um die für den Gesamtliberalismus so überaus wertvolle und wichtige Fraktionsgemeinschaft zu sprengen. Wir wollen nur die Strömungen und Gegenströmungen im Linksliberalismus kurz skizzieren.

In der Gegenwehr gegen diese schlechten politischen Musklanten im Norden und Süden, bei denen wirklich groß und bewundernswert nur ihre Selbstüberhebung, die Dreistigkeit ihrer Ansprüche ist auf Beherrschung der Fraktionsgenossen, stehen die sympathischeren Führer des Linksliberalismus wie Rayer, Eichhoff und bekannte andere Namen, deren klarer politischer Verstand ebenso angenehm berührt wie ihre Fürsorglichkeit gegenüber dem Geheule aus dem sozialdemokratischen, dem ultramontanen und dem Duidde-Lager. Sie lassen sich nicht einschüchtern und geben gerade ihren Weg. Die schwierige Aufgabe der publizistischen Vertretung freisinniger Politik innerhalb des nationalen Blocks haben die „Freisinnige Ztg.“ und die „Voss. Ztg.“ übernommen. Wie verdrücklich die Lage des Freisinn durch die doktrinären und fanatischen Quertreiber, die Rärm- und Projektmacher geworden ist, erhellt aus einem Stahlspruch der „Freisinnigen Zeitung“:

Wenn derartige Angriffe in Bezug auf das Kompromiß beim Vereinsgesetz und in anderen Fragen seit stets einseitig gegen die Freisinnige Volkspartei gerichtet werden, und zwar auch in Organen, die der Freisinnigen Vereinigung nahe stehen, so ist das umso weniger loyal, als die Frankfurter Beschlüsse und die Fraktionsgemeinschaft den Mitgliedern der Freisinnigen Volkspartei in vielen Tagesfragen eine Zurückhaltung auferlegen, die sie als höchst unbequem empfinden und nur deshalb noch weiter beobachten, weil sie ihrerseits nicht Anlaß bieten wollen zu der Unterstellung, als ob sie einem Zusammenschluß auf einer erweiterten und deshalb selbstverständlich auch milder scharf abgegrenzten Basis Hindernisse in den Weg legen wollten. Die lokale Haltung, die wir den Frankfurter Beschlüssen wie der Fraktionsgemeinschaft gegenüber einhalten haben, ändert selbstverständlich nichts an unseren völkerverständlichen Auffassungen in Fragen des Programms und der Taktik.

Man sieht, es kostet allmählich auch auf der Seite der Befonnenen Elemente Mühe, den Frankfurter Frieden zu halten. Endlich einmal muß man nervös werden, wenn man fortwährend gereizt wird. — Die „Voss. Ztg.“ müßt sich um den Nachweis, daß auch die großen Führer der Fortschrittspartei dem Abschluß von Kompromissen unter Verzicht auf einen Teil ihrer Forderungen durchaus nicht abgeneigt waren, wenn dadurch ein wirklicher Fortschritt in der Gesetzgebung erreicht werden konnte. So erklärte Rudolf Virchow im Jahre 1879 auf dem ersten Parteitag der Deutschen Fortschrittspartei in Berlin:

„In den Parlamenten soll etwas für das Volk gewonnen, nicht bloße Theorien ausgesprochen werden. Um praktische Erfolge zu erzielen, kann man nicht mit einem unheimlichen Radikalismus arbeiten.“

Genau so hat Herr von Baver in der Frage des Reichvereinsgesetzes gehandelt. Er sagte sehr zutreffend, es sei das Leichteste und Populärste, sich auf einen prinzipiellen Standpunkt zu stellen, unbekümmert darum, welche Folgen sich ergeben. Wir haben gesehen, daß die Herren Duidde u.

sehr unbekümmert um die Folgen ihrer Handlungen sind. Der Liberalismus gehe in Trümmer, aber das von uns dekretierte Prinzip werde gewahrt. Die Berufung auf Parteigrößen wird auch nicht fruchtbar. Der Freisinn sollte suchen diese „Arbeiter mit einem unbestimmten Radikalismus“ loszuwerden, wie es die „Freis. Ztg.“ empfiehlt. Keiner Tisch zwischen Liberalismus und Demagogentum. Anfängliche numerische Verluste — übrigens wohl nicht sehr große — würde der Freisinn durch innere Festigkeit, Stetigkeit und Klarheit seiner Politik wieder einbringen, die ihm sehr bald wieder Anhänger in größerer Zahl zuführen würde. Mit der Säuberung könnte um so eher begonnen werden, als die Rärmacher für das Schicksal des Vereinsgesetzes im Plenum und damit für den Block kaum eine ausschlaggebende Rolle spielen. Je wilder sie es übrigens treiben, um so weniger tief werden sie den Keil in die Fraktionsgemeinschaft treiben. Splittterchen, deren Abspringen jede große Parteigruppierung vertragen kann. Wir machen da ganz in der Nähe recht interessante Beobachtungen. . . . Man lenkt ein und lernt einsehen, daß der Freisinn, entscheidend zur Mitregierung in der neuen Situation berufen, unmöglich weiter mit der starren Politik auskommen kann, die er sich leistete, als er ohne Verantwortung in der Opposition stand. Und vielerorts überzeugen sich die freisinnigen Leute, daß mit einer Politik: bis hierher und nicht weiter; mit einer Politik: Alles oder Nichts, sich unter heutigen Umständen nicht eine liberale Forderung durchsetzen läßt, wohl aber mit einer Politik verständiger Kompromisse.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 26. März 1908.

Zur Reichsfinanzreform.

Die „N. N. C.“ schreibt:

Von der Gestalt der kommenden Reichsfinanzreform scheint man an den Stellen, die die nächsten dazu sind, sich bislang noch kein genaues Bild gemacht zu haben. Doch in erster Reihe an eine Reichserbschaftsteuer gedacht wird, darf nach unserer Kenntnis der Dinge wohl als sicher gelten und man kann nur hoffen, daß die Widerstände, die einer solchen Steuer noch immer im Reichstage leben, bis zum Herbst überwunden sein mögen. Der Reichserbschaftsteuer, die nach Schätzung erfahrener Praktiker 80 Millionen bringen würde — manche schätzen ihre Ertragsnisse sogar noch höher, andere allerdings wieder erheblich niedriger — würde sich dann eine Reform der Branntweinsteuer gesellen, deren Aufkommen man vielleicht auf 70 Millionen ansetzen darf. Aber auch eine Wehrsteuer, die Herr v. Rheinbaben noch vor einiger Zeit mit dem ihm eigenen Glanz abwies, wird jetzt wohl ernstlich in Erwägung gezogen. Sie dürfte dazu bestimmt sein, an die Stelle des Invalidenfonds zu treten, sobald dieser vollends erschöpft ist. Vermutlich soll diese Wehrsteuer dann so gestaltet werden, daß zu ihr von einer gewissen Grenze ab das Einkommen der vom Militär befreiten bis zum 45. Lebensjahr herangezogen wird.

Die Illusion der Schaubühne.

Von Dr. Theodor Alt.

IV.

Herr Intendant Dr. Hagemann hat am 19. März 1908 im Kasinoaal auf die Frage geantwortet, die wir am Schlusse des III. Abschnittes dieser Untersuchungen gestellt haben. Geantwortet, und vor einem größtenteils geladenen Kreise einiges zu überlegen verlaßt, was wir vorher auseinandergesetzt hatten. Gehörten ist ihm die Überzeugung nirgends; bei seinen Anhängern beharrte es ihrer nicht. Wir anderen genossen den Vorzug, daß uns Herr Dr. Hagemann „reißlos“ sein Inneres enthüllte. Zwar wollte er es nicht Wort haben — er legte auch einiges von „Gruppen-Logik“ und „Schauspieler-Regie“ —, allein am Schlusse seines Vortrags war's offenbar, daß die „Reform der Schaubühne“ den eigentlichen Sinn und Zweck seines Wirkens ausmachte: „Bühne und Kunst“, das heißt die Kunst auf der Bühne. Bisher war's keine Kunst. So kann denn für ihn selbst sein Wirken wohl keinen rechten Sinn haben, wenn die Mannheimer ihm darin nicht folgen wollen; wenn sie zu wenig künstlerische Kultur besitzen, um diese Reformen in ihrem epochemachenden Werte zu würdigen und um sich mit freudiger Begeisterung von demjenigen abzuwenden, was ihnen bisher als gut und richtig erschien. Leider sprach sich jedoch ein auffallend geringes Interesse für diese Reformen und ihren Urheber aus in dem, trotz wiederholter Anzeigen, so klareren Besuche des Vortrags. Der Vortrag ist soborn in den Mittagausgaben von Nr. 133 bis 136 der „Neuen Badischen Landeszeitung“ veröffentlicht worden. Die Redaktion (das heißt wohl der besondere Herr Redakteur) ehrte ihn durch die Versicherung, daß wir die vollständige Anerkennung der darin vertretenen Grundsätze seitens des großen Publikums, das heißt also ihren Sieg, in den nächsten Tagen erleben würden. Eine solche Verheißung über

nur ein Ausdruck des Mißfallens über die Fudolenz des Mannheimer Publikums, eine Rüge? Diese wollen wir zurück; wir Mannheimer besitzen künstlerische Kultur genug und besitzen sie schon lange. Vielleicht ist es das Unglück mancher, die von außen hierher kommen, daß sie das nicht wissen; nicht wissen, wieviel gesundes Kunsturteil in Mannheim seit hundert Jahren errogen, in den Familien vererbt und weitergepflegt worden ist. Deshalb stehen wir dem von außenher allzu selbstbewußt herantretenden Neuen meist kühl und kritisch gegenüber, unser Urteil vorbehaltend. Aber weil wir ebendeshalb auch schon manchem Neuen, das groß war, als es anderwärts verjährt wurde, eine Stätte bereitet, meinen die Außenstehenden allzuleicht, daß dies immer so sein müßte. Auch Herr Dr. Hagemann hat dieser Meinung Ausdruck verliehen. Klein Richard Wagner z. B. war doch etwas anderes. Sein Name bedeutete eine fertige, meisterhafte Kunst, keinen bloßen Versuch mit Andeutungen des nebenwärtigen Bühnenrauhmens, eine das Musikdrama selbst auf seine Höhe führende, umwälzende Kunstschöpfung, keine bloße Kunstmode. Hier also hat sich das Kunstgefühl der Mannheimer nur als gesund bewährt. Gewiß wird es dies auch in beschreibeneren Fällen tun. Aber leicht mag sich jemand enttäuscht finden, der ihnen Wunder was zu bieten vermeinte, wenn er das Kunstwerk aus Berlin brachte oder Festspiele, die das, was man in Mannheim gewohnt ist, nicht ernstlich zu überbieten vermögen. Auch der Umstand, daß der Mannheimer gelegentlich seine Loge leer stehen läßt, beweist nicht seine Fudolenz, sondern vielmehr seine wählerische Erfahrung. Er mag sich auch nicht überflüssigen lassen, vamentlich nicht mit einseitiger Kost. Wer will es ihm vorzogen wenn er nach des Tages horter Arbeit dem hohen klassischen Drama eine anmutige komische Oper oder ein leichtes Scherzspiel vorsetzt? Diese Kunstwerke sollen zu lassen, weil man Anderes für wichtiger hält, geht doch selbst nicht an. In jedem Falle fordert der Mannheimer vielmehr mit Recht die volle künstlerische

Leistung dessen, was von seinem Theater zu erwarten er ein begründetes Anrecht hat. Liegt diese Leistung vor, dann hat er gewiß auch nicht gegen gelegentliche Versuche. Das Interesse für solche jedoch für ihren Erfolg zu nehmen, war ein Verstum der Herrn Intendanten. Und am wenigsten werden wir eine tendenziöse Verhöhnung unseres Theaters zur Einführung neuer Kunstmoden gutheißen, wenn diese zur Vernachlässigung begründeter Ansprüche führt und möglicherweise auf den gewohnten Beschauungsstand gerichtlich wirkt, ohne ein entsprechendes Äquivalent dafür zu bieten. Ehe wir uns dazu entschließen, wollen wir uns doch erst klar machen, was dies zu bedeuten habe. Ob also gerade Mannheim dazu berufen sei, eine neue Kunstmode zu kreieren, die sich möglicherweise nicht bewährt und nur ein vorübergehendes Interesse erweckt, ist eine ernste Frage für uns. Gegenüber egoistischen Nebenmoden dieser Art Frauen vorzüglich zu sein und deren Erfolg abzuwarten, ehe sie sich ihnen anschließen. Denn Moden gehen vorüber; das Wesen der Kunstleistung oder bleibt stets dasselbe. Deshalb sind Kunstmoden gewiß nicht an sich wertvoll oder beklampfenwert; manches kann man so und auch anders machen, und Abwechslung ist immer erfreulich. Wertvoll und beklampfenwert sind neue Kunstmoden nur, wenn sie entweder selbst Irrtümer an die Stelle von Wahrheiten legen, oder wenn sie mit dem Wechsel von Nechterschkeiten in das Wesen der Sache eingreifen, indem sie es sich in erster Linie handelt. Dennoch können solche Kunstmoden, auch wenn sie auf fallenden Grundstücken beruhen, sich bei der Wärmeinheit durchsetzen, falls die richtige Melodie für sie gemacht wird und das Kunsturteil des Publikums schwach genug und deshalb suggestibel genug ist, um der Melodie zu unterliegen. Wir haben manchen der Art in den letzten Jahren erlebt. Der Herr Redakteur der „Neuen Badischen Landeszeitung“ könnte also mit seiner Versicherung sehr wohl recht behalten, ehe wir damit in der Sache des geringsten bemerken wäre. Aber bis dahin haben wir ja doch noch Zeit!

Die „armen Krüppel“ werden jedenfalls nicht zu steuern haben. — Ob man in diesem Zusammenhang noch ernsthaft an eine Besteuerung des Tabaks denkt, vermögen wir nicht zu sagen. Ihre Aussichten wären bei der dermaligen Stimmung im Reichstage freilich recht gering. Aber wie gesagt: das Alles sind nur vorläufige und unverbindliche Erwägungen. Ein irgendwie fest umrissener Plan besteht sicher noch nicht. Nur soviel ist gewiß, daß diesmal die verbündeten Regierungen schwerlich auch mit einem Mantelgesetz kommen werden. Daß sie vielmehr froh sein werden, wenn sich aus den am wenigsten umstrittenen Steuerquellen soviel zusammenkratzen läßt, daß der dringendste Bedarf des Reiches befriedigt werden kann. Auch das wird schon schwer genug halten.

Zum Journalistenstreit

Schreibt die „Nat. Ztg. Korreip.“:
Darin ist es uns eine besondere Genugtuung, daß die national-liberalen Abgeordneten von Anfang an die Aufstellungen der Tribünenjournalisten-Verbindungen und einem billigen Ausgleich des Wortes geredet haben. Wäre es nach dem Verum der national-liberalen Mitglieder des Seniorentorvents gegangen — der Handel wäre schneller beigelegt worden.

Die „Kreuz-Ztg.“ hebt das Verdienst des Reichsfanzlers um die Beilegung des Konfliktes hervor:

Der Konflikt zwischen Reichstag und Presse ist, wie wir gestern richtig vermuteten, angesichts der Konwendigkeit, den Mittelungen des Reichsfanzlers die Öffentlichkeit nicht zu verschleiern, beigelegt worden, und zwar in einer Weise, die der Würde des Reichstags wie dem Ansehen der Presse durchaus gerecht wird. Die Forderungen des Reichstags hoben den Hrn. Gröber veranlaßt, wegen seines Schimpfwortes bedingungslos um Entschuldigung zu bitten. Doch ihm gestattet wurde, dieser Abbitte eine historische und psychologische Motivierung beizufügen, die nur einen Wert als „goldene Brücke“ und ändert nichts an der Tatsache, daß die Abbitte eine vollständige war. Der Reichstag hat nicht darauf bestanden, daß die Journalistenverbände auch eine Erklärung zu seiner Kenntnis gebe. Es ist aber selbstverständlich, daß die Reichstagsmitglieder auf der Journalistenverbände im Interesse des eigenen Ansehens mehr Disziplin zeigen, mehr die Ruhe und Ordnung in ihren Reihen aufrecht erhalten und jede ungebührliche Einmischung in die Verhandlungen des Reichstages verhindern oder abnden müssen. Dem Präsidenten darf nie wieder ein Anlaß gegeben werden, mit der Geltendmachung seines Hausrechtes zu drohen. In leibhaftem Danke füßt sich die Presse dem Reichsfanzler für sein Verhalten. Als der Reichsfanzler es solange absehte, seine Rede zu halten, bis feststand, daß der Presse die erforderliche Genugtuung zu teil werden würde, war die Geste entschuldigend. Die Hand des geschickten Diplomaten zeigt sich darin, daß sein Rest von Vernehmung übrig bleiben kann — außer bei den Urhebern des Streites selbst.

Tarifbewegung im Malergewerbe.

Der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe teilt uns mit:

Der Vorstand des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe tagte in Gemeinschaft mit den Vorsitzenden der Landesverbände des Süddeutschen Maler- und Ländermaler-Verbandes am 20. und 21. März in Mannheim. Der Hauptzweck der Tagung war Entgegennahme von Berichten über die diesjährigen Lohnbewegungen im Malergewerbe Süddeutschlands um Abschluß eines Generaltarifs für Süddeutschland, der als Muster für die weiteren Lohntarifberatungen im gesamten Vaterlande dienen sollte. Diese Absicht war den Organisationen der Gehilfen (dem sozialdemokratischen Hauptverband in Hamburg, dem Zentralverband der christlichen Malergehilfen, Sig. Düsseldorf, und dem Hirsch-Duncker'schen Gewerksverband, mit Sig. Berlin) rechtzeitig bekannt gegeben. Auch der Vertreter der gelben Gewerkschaft war eingeladen, doch läßt er bei den Beratungen aus, weil er sich nicht berechtigt fühlte, einem ev. Generaltarif ev. zustimmen zu können. Es war also nunmehr der Weg geebnet, zu einer Verständigung über die wichtigsten Fragen eines Generaltarifs für das deutsche Malergewerbe zu kommen. Da jedoch etwas Unerwartetes; die Vertreter der sozialdemokratischen Gehilfenorganisationen erklärten, daß die Vertreter der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine (Herren Abgeordneter Goldschmidt und Sekretär Bergmann) sich zu entfernen hätten, da sie mit denselben nichts gemeinsam beraten würden. Auch sollte den christlichen Organisationen die Beteiligung an den Generaltarifberatungen nur bedingter Weise gestattet werden.

Der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe gab in dessen die Erklärung ab, unter keinen Umständen auf die Mitwirkung der christlichen und Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine verzichten zu können, da man im andern Falle die Malergehilfen direkt in die Reihen der sozialdemokratischen Organisation hineintreiben würde.

Vorläufig muß uns daran liegen, zu erhalten, was wir an unserem Theater bisher besessen haben, und wiederzugewinnen, was etwa schon verloren gegangen ist.

Seine Befähigung für ein Amt kann man beweisen durch die Bewährung sachmännlicher Thätigkeit. Das muß sein und genügt. Man kann sie ferner noch beweisen durch Verbesserungen, durch die Einführung neuer Werte. Das muß nicht sein, wenn das Bisherige gut war. Dann muß man also zunächst den Beweis führen, daß das Bisherige nicht gut war und verbesserungsbedürftig ist. Diesen Weg hat Herr Dr. Dagemann eingeschlagen. Wir bezweifeln jedoch, daß ihm diese Beweisführung gelungen ist, und daß er neue Werte an die Stelle des Bisherigen zu legen vermag, die das Alte geben oder Veredelungen älterer Werte rechtfertigen.

Seinen Versuch, die gänzliche Mangelhaftigkeit des Bisherigen darzutun, hat Herr Dr. Dagemann mit der Erzählung eines eigenartigen Erlebnisess eröffnet, die mit der Selbstkritik eines Schloßlichtes alles enthält, um was es sich handelt. Er habe, so berichtete er, bei einem der Feste, die aus Anlaß des 300-jährigen Bestehens der Stadt Mannheim gefeiert wurden, neben einem beteiligten Künstler, will sagen Maler, gesessen und diesem die Frage vorgelegt, wie es nur komme, daß bei dem allgemein zu Tage tretenden großen Kunstinteresse gerade die Festspiele des Theaters so wenig Anklang finden. Darauf habe der Künstler geantwortet, daß er wundere ihn nicht. Er und seinesgleichen gingen schon lange nicht ins Theater, weil ihre Künstlerorgane vor der Verlogenheit des dekorativen Apparats der Illusionsbühne mit ihrem unedlen Blinder und den grundtiefen verpersönlichen Wirkungen einen unüberwindlichen Abscheu empfinden müßten.

Das war nun gewiß nicht der Grund, aus dem die Allgemeinheit an den Festtagen nach soviel Vorbereitungen für Seele und Leib lieber in der Ausstellung blieb, als in's Theater ging. Vielleicht beruhte die Erwartung eines größeren Erfolges hier

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsvertreter verweigerten hierauf die weitere Mitarbeit und entfernten sich aus dem Verhandlungsort.

Die weiteren Verhandlungen wurden hierauf mit den Vertretern der christlichen und der Hirsch-Duncker'schen Organisationen weiter fortgeführt und führten auch zu einem beiderseitig befriedigenden Resultat.

In einer am 22. März stattgefundenen Vorstandssitzung des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe wurde einstimmig beschlossen, daß unter diesen Umständen alle weiteren Verhandlungen in anderen Städten, die zu einem Tarifabschluß führen könnten, zu ruhen haben, bis die prinzipielle Frage der Beteiligung aller Gehilfenorganisationen erledigt ist.

Deutsches Reich.

(Generalversammlung des Verbandes der Inhaber deutscher Handels-Hochschuldiplome.) Der Verband der Inhaber deutscher Handels-Hochschuldiplome hält seine diesjährige Generalversammlung während der Osterferienlage in Leipzig im Gebäude der Handels-Hochschule ab. Der Verband wird auf seiner Tagung insbesondere Stellung nehmen zu den süddeutschen Handels-Hochschulgründungen und dann vornehmlich die Frage der Spezialausbildung an den Handels-Hochschulen behandeln. Das einleitende Referat über den letzteren Gegenstand erstattet der Vorsitzende Herr E. Damm-Grüene-Höll; hieran schließen sich Referate über Vorlesungen über die Industrie unter besonderer Berücksichtigung der chemischen Industrie, über die Ausgestaltung veränderungswissenschaftlicher Vorlesungen, über die Volkswirtschaftslehre an den Handels-Hochschulen und über handelsrechtliche Vorlesungen für Versicherungsbeamte an. Außerdem sind Referate über Vorlesungen über Bankwesen und über die Vorbildung der Finanzjournalisten in Aussicht genommen. Am Oftermontag wird Herr Professor Schmalenbach über die Notwendigkeit einer Reform des Buchhaltungsrechtes sprechen.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 26. März 1908.

Neues in der Ausstellung des Landesgewerbeamtes.

Karlruhe, Karl Friedrichstraße.

Besuch unentgeltlich. Ausstellungsbedingungen können vom Groß-Landesgewerbeamt bezogen werden. Die Ausstellungsgegenstände werden an Sonntagen von 11-1 Uhr nachm. und an Freitagen von 8-10 Uhr abends in Betrieb gesetzt. Interessenten können einzelne Gegenstände auch außerhalb dieser Zeit vorgeführt werden.

Beleuchtungsphotometer. Aussteller: Land- und See-Kabelfabrik Alu-Rippel. Das Beleuchtungsphotometer für elektrische Glühlampen besteht aus einem zusammenklappbaren Kasten mit zwei Glühlampenfassungen und einem verschiebbaren Stat, dessen Schatten auf eine weiße Platte geworfen werden und auf gleiche Helligkeit eingestellt werden können. Unter Verwendung von Normallampen und geheizten Stölen kann man die Kerzenstärke der Lampen direkt ablesen. Ein eingebauter Voltmeter und Amperemeter gibt Aufschluß über den Energieverbrauch. In seiner jetzigen Ausführung eignet sich das Photometer nicht für die Untersuchung von Lampen, welche hängend brennen müssen. Das Photometer dient zur Prüfung neuer Lampen auf Lichtstärke und Stromverbrauch und ermöglicht die Beurteilung, wann im Gebrauch befindliche Lampen ausgetauscht sind und zweckmäßig durch neue ersetzt werden.

Gas-Dampfgebläse f. Pötkolben, Brennstempel u. dgl. Aussteller: Ingenieur M. Hoffmann, Leipzig, Dorostoffstraße 9. Der Apparat besteht aus einem Kessel mit 2 Dampfkammern zur Aufnahme der Pötkolben. Die Werkzeuge werden durch eine Gasflamme erwärmt. Neben dem Dampfkammer ist ein kleiner Wasserbehälter angeordnet, in dem durch die entweichenden Dampfe Dampf erzeugt wird, der dem Brenner zufließt und eine starke Gebläsewirkung hervorruft, so daß sehr intensive Heizeffekte erzielt werden. Eine Explosion des Kessels verhindert ein Sicherheitsventil. Wenn kein Wasser in dem Kessel ist und somit die Gefahr besteht, daß die Pötkolben durchschmelzen und undicht werden, so flappt der Kessel durch ein Gegengewicht selbständig aus. Der Gasverbrauch wird zu 3 Pfg. pro Stunde angegeben und der ganze Ofen kostet 38 Mark.

Demonstrationsstapel zur Vergleichung des Stromverbrauchs elektrischer Glühlampen. Aussteller: Deutsche Gas-

Wahrscheinlich überhaupt auf einer freundlichen Ueberschätzung der Bedeutung Mannheims noch anzu u. f. w. Was aber jenen Maler betrifft, mit dem Herr Dr. Dagemann sich unterhielt, so zweifle ich, ob er in's Theater gegangen wäre, wenn alles sich nicht so verhielte, wie er es schilderte, sondern besser. Viele Maler haben eine Abneigung gegen das Theater, weil sie dort auf einen Gedankeninhalt merken müssen, was den meisten zu mühsam ist. Sie sind das Denken nicht gewöhnt, sondern das Sehen, das bloße Schauen. Auch besteht zwischen den Künsten stets eine geheime Eifersucht. Wenn die Leute ihr Geld für Bilder ausgeben wollten, statt in's Theater zu laufen, so wäre das viel gescheiter. Abgesehen aber ist es gar nicht wahr, daß die Perspektive der Illusionsbühne soviel unrichtiger ist, als diejenige der Tafelmalerei. In Wahrheit ist nämlich die perspektivische Wirkung auch der schlechtesten Bühnendekoration immer noch richtiger, als diejenige des besten gemalten Landschaftsbildes. Das magte der Herr Maler vielleicht nicht. Er braucht es auch nicht zu wissen, weil seine Unbefangenheit gegenüber etwaigen Zweifeln durch die Gemohnheit der Bewegung in einer Jahrhundert alten Kunstübung gesichert ist, oder weil bei geringerer Illusion der Gemälde der perspektivische Fehler der Tafelmalerei eine geringere Bedeutung hat. Die Monumentalmaler wissen schon eher davon. Die Malerei ist gezwungen, alles Erscheinende parallelperspektivisch, d. h. nebeneinander in gleicher natürlicher Breite darzustellen, während das Auge des Beschauers zentralperspektivisch, d. h. so sieht, daß alles auf einer Fläche dargestellt, nach außen hin immer schmaler wird. Dieser Fehler der Perspektive ist auf der Bühne erheblich gemildert, zumteil sogar ist er ganz beseitigt worden, eben durch die Vereinfachung von Kulissen u. Stoffen bei Innenräumen und durch deren realen Aufbau, so wie wir ihn schon lange kennen und über. Einziglich das andere, durch das stereoskopische Sehen bedingten Fehlers der Wechselseitigkeit aber sehen sich die Bäume auf einem Landschaftsbilde und diejenigen auf der Bühne vollkommen gleich. Sie wachsen auch dort

gleichlich-Artige-Gesellschaft (Körperschaft), Berlin. Die Demonstrationsschule soll dazu dienen, das Publikum auf den wahren Stromverbrauch der Metallglühlampen aufmerksam zu machen. Es sind deshalb 2 Lampenfassungen angeordnet mit je einem dazu gehaltenen Ampèremeter. An diesen kann man die Stromstärke, die von den Lampen verbraucht werden, ablesen. Defen, Herde, Gaslochofapparate, Plattenheizherde. Aussteller: Junker u. Nuss, Karlsruhe.

Notierungsstade für Beleuchtungskörper. Aussteller: Fischer u. Cie., Mainz. Die Notierungsstade oder Umwandler dienen dazu, eine vorhandene Lampe für eine andere Beleuchtungsart umzuändern, beispielsweise Petroleumlampen in Gas- oder elektrische Lampen.

Vächterbohrmaschine. Aussteller: Ferd. Fromm, Cannstatt. Die Vächterbohrmaschine ist eine Spezialwerkzeugmaschine für den Bogenschauer. Sie zeichnet sich durch ihre einfache und zweckmäßige Konstruktion aus. Das auszubohrende Maß wird mit der Nase von 3 Klauen gefaßt und damit zentriert, so diese durch Drehen einer Stralgenmündscheibe gleichmäßig gegen die Mitte bewegt werden. Ein angelegter Aufspannungsring an die Spindel angelegt und in dieser Lage festgestellt. Dieser Ring steht an 3 Punkten durch Schrauben mit der Scheibe, welche die Klauen trägt, in Verbindung. Schwankt nun das Maß, was mit einem Anschlag festgestellt wird, so werden die Schwankungen durch Verstellen der Regulatorschrauben leicht beseitigt. Nach Aufspannen des Maßes wird die Vächterbohr durch die Nutenbohrung gezogen, das Messer eingelezt und von außen nach innen, also von weit nach eng konisch oder zylindrisch gebohrt durch Drehen an der Kurbel.

Gasco-Spannzwinge. Aussteller: G. F. Schicktrumpf u. Cie., Jena. Die Spannung wird durch Gegengewicht erreicht.

Kombinations-Bohrzange. Aussteller: Bader u. Halb, Halle a. Saale. Die Kombinations-Bohrzange ist geeignet, fünf Dimensionen Hohlrohre, und zwar 7, 9, 11, 13½ und 16 mm zu biegen, durchschnitten und abzumanteln, und vereinigt daher in einem einzigen Universallwerkzeug fünf bisher seltliche Bohrbezugsarten, einen Rohrschneider und Umwandler. Die Anordnung einer Stellschraube soll ermöglichen, bei der Biegearbeit jede gewünschte Anzahl Bögen ohne Anwendung besonderer Aufmerksamkeit in übereinstimmender Krümmung zu erzeugen, während beim Abmanteln durch Einstellen auf den jeweiligen Durchmesser verhindert wird, daß die unter dem Metallmantel befindliche Papierisolierung beschädigt wird. Die Zange besteht aus schmiedbarem Guß und gutem Werkzeugstahl, teils matt vernickelt, teils blau angelassen.

Blaugas-Schnelapparat. Aussteller: Waugafabrik Riebing u. Blau, Augsburg. Der Apparat, bestehend aus 1 Sauerstoffflasche und 1 Blaugasflasche mit Gas und einer als Ventil dienenden zweiten leeren Blaugasflasche, ist erforderlich zur autogenen Schweißung mit Blaugas. Näheres s. Bod. Gewerbezeitung Bd. 40 Nr. 41.

* Prüfung. Auf Grund der im Frühjahr d. J. abgelegten zweiten juristischen Prüfung sind folgende Rechtspraktikanten zu Assessoren ernannt worden: Folgar Hehle aus Nenden, Emil Brader aus Seelbach, D. Wilhelm Claus aus Wehrich, Hermann Dieck aus Mannheim, Dr. Max Dittler aus Hersheim, Richard Oberlein aus Schweningen, Eduard Oelmann aus Freiburg, Paul Engler aus Oberbach, Karl Jech aus Oberkirch, Dr. Rudolf Seiling aus Kallstadt, Dr. Eugen Gerlach aus Nellingen, Otto Werner aus Trüben, Elio Weiten aus Karlsruhe, Friedrich Gutenberg aus Freiburg, Dr. Erwin Hertel aus Badenweiler, Hermann Hildebrandt aus Mannheim, Dr. Karl Jesner aus Freiburg, Wilhelm Korchmann aus Mannheim, Hans Kaiser aus Pfaffenbach, Ludwig Karg aus Heidelberg, Richard Keller aus Ludwigshafen a. Rh., Leopold Lehmann aus Heidelberg, Dr. Hermann Liebmann-Ravit aus Harz (Holtzeln), Oskar Moll aus Mannheim, Dr. Otto Pfefferle aus Ebingen, Alfred Schmidt aus Karlsruhe, Wilhelm Schneider aus Schauern, Eugen Schilt aus Staufen, Willibald von Seyfried aus Karlsruhe, Paul Sieble aus Signaringen, Otto Steinel aus Karlsruhe, Oskar Stöckel aus Wolfach, Ernst Bollmar aus Pfalzenborn, Ernst Waag aus Konstanz, Dr. Paul Wall aus Karlsruhe, Erwin Wannenmacher aus Haderthausen, Dr. Erich Wörter aus Karlsruhe, Hans Wolf aus Dortmund.

* Die Vorseminare in Lehr und Sillingen werden noch Oftern d. J. eröffnet werden. Aufnahmegefuche von Böglingen sind laut Mitteilung in Verordnungsblatt des Groß-Schulrats bis spätestens 5. April unmittelbar an die Ober-Schulbehörde zu richten.

* Vor die Frage des Mädchenwechsels werden mit der herannahenden Ofterzeit wieder viele Hausfrauen gestellt. Im Interesse derjenigen Hausfrauen, die keine große Haushaltung haben und gerne ein jüngeres Mädchen anstellen würden, möchten wir deshalb wiederholt auf die Abteilung 7 des hiesigen Franenvereins hinweisen. Diese Abteilung hat dadurch,

nicht in den Himmel. Was dagegen den übrigen „unseligen Blinder“ auf der Illusionsbühne betrifft, so ist nicht abzusehen, wie er auf einer stilisierteren Bühne eher werden könnte. Die haben die Echtheit des Modells auf der Illusionsbühne nicht nur verlangt, sondern auch geleistet. Im neuerschaffenen „Samlet“ dagegen sah ich allerlei „Anschätze“. Ich magte der Regie daraus keinen Vorwurf, denn Vollkommenes zu erreichen, ist schwer. Nur die mit den Remerungen verbundenen Bräntionen müssen wir zurückweisen, als nicht hinlänglich begründet.

Der Beweis der gänzlichen Mangelhaftigkeit und Verbesserungsbedürftigkeit des Bisherigen ist nach keiner Richtung hin gelungen. Wir müssen daran festhalten, daß die Malerei nur als eine Hilfskunst der Bühne, der Maler dort nur als ein Handwerker des durch den Regisseur vertretenen Dichters zu betrachten ist. In diesem Sinne haben zuerst Richard Wagner's große aber zum mißverstehen äußerst wichtige Künstler, Maler, an der Schöpfung des Gesamtkunstwerks nach den Intentionen des Meisters mitgearbeitet, und ein Verbot sah die Schöpfung mit Vergnügen. Reht aber will sich die Malerei zur Herrin der Bühne machen. In der Tat, darum handelt es sich, wenn die Kunst auf der Bühne verlangt wird: die „Kunst“, das ist die lebende Kunst, die Malerei. Unter dieser Bedingung gehen wir (die Maler) auch wieder ins Theater; wenn die Bühne und die Maler ausgespielt wird, wie es sich von rechts wegen gehört. Dann mag sogar das Publikum ins Theater laufen. Wer das Programm des „Künstlertheaters“ in München gesehen hat, kann über die Tendenz der Bewegung nicht im Zweifel sein. Ob sich das Mannheimer Theater ihr anschließen soll, ob es dies heute schon tun soll, ist eine Angelegenheit des Mannheimer Publikums. Es hat allein darüber zu entscheiden. Nur soll es dabei wissen, was es tut. Neue Bewegung hat jedoch noch eine weiter gehende Bedeutung, die wir erst in der letzten dieser neuen Reihe von ästhetischen Betrachtungen über die Illusion der Schaubühne enthalten können.

das sie gut empfohlene, schulenlässige Mädchen in ihre Obhut nimmt und sie tüchtigen Hausfrauen zur Anleitung übergibt, eine Einrichtung geschaffen, die sich von Jahr zu Jahr besser bewährt und nun auch in den Nachbarstädten Nachahmung gefunden hat.

* Landgerichtsrat Dr. Richard Darmstädter. Dem am Dienstag nach langem schweren Leiden im 38. Lebensjahre in Freiburg verstorbenen Landgerichtsrat Dr. Richard Darmstädter gebühren einige Worte ehrenden Gedankens.

* Besetzung der Prachtblätter. Von jeder Silben im Eisenbahnverkehr die fehlenden und überzähligen Güter und der zu ihrer Entlastung und Unterbringung erforderliche Schriftwechsel ist durch die Eisenbahndienststellen, wie für die Verkehrsbedürftigen eine besonders große Befähigung, die gewöhnlich während des getragenen Berufsverkehrs ihren Höhepunkt erreicht.

* Das im Apollotheater gastierende Wiener Pariser-Ensemble hat für die letzten Tage seines Hierseins aus dem reichen Fundus seines Repertoires vier Stücke hervorgeholt, die in ihrer verführerischen Grazie, unübersehbaren Komik und tollen Poesie zu dem Besten zählen, was der tüchtige Leiter der Truppe, Herr August Graßl, zu bieten vermag.

Anothesse (Kranzi Brauer), solibe, spießbürgerliche Provinzler, suchen ein Mädchen für Alles, das ihnen in einer appetitlichen Barriere (Merra Fort) beherbergt wird und das, obwohl, oder besser gesagt, gerade weil es ganz wo anders hingehört, dem tyrannischen Erbprinzen Ernst (Wingz Brauer) so gut gefällt, daß er, der selber alle Jahre nur zwei Monate lang das Haus auf den Kopf gestellt hat, beschließt, für immer dazubleiben.

* Kaiserpanorama B 1, 7a. Das Kaiserpanorama ist nun wieder, wie alljährlich gegen Ostern, bei seiner letzten Reise angelangt. Am 1. April d. J. ist die Winterreise 1907/08 zu Ende.

* Karte des Pfälzer Waldes. Nach jahrelanger Arbeit wird der Pfälzer Waldverein im Laufe der nächsten Woche seine Kartierungskarte erscheinen lassen. Die von einem Vorstandsmitgliede bearbeitete und vom topographischen Bureau der kgl. bayerischen Generalstabes hergestellte Karte enthält den Namen Karte des Pfälzerwaldes. Sie besteht aus sechs Einzelblättern: Kirchheimbolanden, Kaiserslautern, Neustadt, Zweibrücken, Birkenfeld, Landau und 2 Einzelblätter: Auzel und Kandel von durchschnittlich 35x55 Quadratzentimeter Größe im Maßstabe 1:50,000 und umfaßt das ganze Banngebiet des Pfälzer Waldes.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die Ausgrabungen auf dem Kirchberg bei Deidesheim machten in den letzten beiden Wochen bemerkenswerte Fortschritte. Es sind bis jetzt die Umfassungsmauern von 12 Steinhäusern vollständig und von zahlreichen weiteren Bausen teilweise freigelegt worden.

Musikalisch-Diözesanisches und Diözesanisches. Die bekannten Zwistigkeiten zwischen der Stadt und dem Musikdirektor Prof. Duths haben nunmehr die städtische Musikkommission zu dem Beschluß veranlaßt, das für Pfingsten geplante 85. nürnbergische Musikfest nicht abzuhalten.

Abendbühne geführte Komödiantenellekt. Ueber Ferdinand Bonn's an Eiferenwahn sinn freisende Grobmannschaft gibt Oskar Blumenthal in einem ebenso geistreichen als boshaften Heuilleton der Wiener Neuen Fr. Nr. allerlei Ergötzlichendes zum Besten.

Volk: „Urteile du, deutsches Volk! Ich bin angeklagt, ein größt-wahnsinniger Dilettant, ein blödsichtiger, bössartiger Dramatiker zu sein. Das ist möglich, aber halte es jetzt, deutsches Volk! Es wird eine Zeit kommen, wo dies keiner gesagt haben will.“

Aus dem Grossherzogtum.

* Heidelberg, 25. März. Die Handelskammer für den Kreis Heidelberg rüft die Stadt über das „Heil. Ztg.“ geübt nachmittags im Saale des Kaufmännischen Vereins die diesjährige Hauptversammlung ihrer Wohlberthigten an.

* Eberbach, 25. März. Diese Nacht wurden in dem Uhrenladen von Chr. Feld hier eingebrochen. Die Diebe haben den Kasten vermutlich mit einer Feile geöffnet und in die Höhe gedrückt und dann die Fensterstöße mit einem Steine eingeschlagen.

* Eberbach, 25. März. Im Jahre 1902 wurden der Blinde Fridolin Langendorf und der Zimmermann Julius Bahmer wegen Brandstiftung vom Schwurgericht Kommissar verurteilt. Beide, nach 5 Jahren, wurde nun auch die Ehefrau des B. in Untersuchungshaft abgeführt, weil sie im Verdachte steht, damals sich der Verurteilung schuldig gemacht zu haben.

* St. Gallen, 25. März. Laut Anzeige an das hiesige Bürgermeisterei ist am 1. Februar d. J. bei Forst-Gall (Kister) der dahier heimatsberechtigter Dienstknecht Wilhelm Heidal, Soldat in der Fremdenlegion, bei einem Schneesturm ums Leben gekommen.

oc. Gernsbach, 25. März. Ertrunken wurde am Sonntagabend in Seibach der 24 Jahre alte Fabrikarbeiter Emil Friß. Vater ist der verheiratete 35 Jahre alte und in Seibach anässige Bräuer Julius Friß aus Damsig.

oo. Vom Bodensee, 21. März. Das Sanatorium Schloß Speygart wurde vom Konkursverwalter auf 3 Jahre an Dr. med. Seyd in Stuttgart zum jährlichen Mietpreise von 12 000 M. verpachtet. Wie der „Seebote“ hört, will Herr Seyd das Sanatorium anfangs April ds. Jrs. eröffnen. Dem Pächter steht das Recht zu, die Anstalt samt Inventar innerhalb zwei Jahren um 250 000 M. anzukaufen. Wird dies zur Tatsache und werden einige Anfechtungsprozesse mit Erfolg durchgeführt, so hofft der Verwalter, dereinst ein Anote von ca. 25 bis 30 pCt. an die Konkursgläubiger verteilen zu können. Die Passiva stellen ca. 415 000 M. betragen.

Platz, heilen und Umgebung.

* **Mitry, 25. März.** Die Rückverlegung des Rheinbalkens am diesseitigen Rheiner zugunsten des badiischen Rheinfußes wird gegenwärtig vorgenommen und damit erhält auch die hiesige Gemeinde einen fahrbaren Zugang zu der hiesigen Rheinfähre. Leider wird dabei U. „F. Adich.“ ein Mißgriff gemacht, der sich später unter Umständen sehr schwer rächen wird. Die Straßen- und Flußbaubehörde ist nun einmal auf ihre sonderbare Ansicht erpicht, daß eine Straßenhöhe von 7½ Meter genügen dürfte. Nun kommt es aber doch vor, daß die Rheinhöhe 7,50 Meter übersteigt — in den siebziger und achtziger Jahren war dies öfters zu konstatieren — und dann ist vierhundert Arbeiter Mitrys der Weg zur Arbeit abgeschnitten. Die Ausrede, daß man bei 7½ Meter Wasserstand doch nicht mehr die Rheinfähre benutzen könne, ist bei den Errungenschaften der heutigen Technik ebenso rüchständig wie der Hinweis, daß die hiesigen Arbeiter auf dem Wege nach Mannheim ja die Ludwigshafener Rheinbrücke benutzen könnten.

Gerichtszeitung.

* **Vrankenhof, 26. März.** Wegen Unterschlagung von Streifenunterstützungsgeldern wurde heute vor der Strafkammer gegen den ehemaligen Vorstand des Ludwigshafener Zweigvereins des Verbandes deutscher Zimmerleute, bestehend aus den Ammerleuten Jakob Heid und Jakob Schorf, beide von Ludwigshafen, verhandelt. Die Angeklagten während des im Frühjahr 1904 in Ludwigshafen stattgehabten Zimmererstreiks mit dem Zimmermann Karl Hepp den Vorstand des Ludwigshafener Zweigvereins des Verbandes deutscher Zimmerleute. Zu ihren Obliegenheiten gehörte es die von der Zentralkasse in Hamburg für die Streikenden eingehenden Unterstützungsgelder in Empfang zu nehmen und an die Empfangsberechtigten auszugeben. Diese Pflicht haben sie gröblich verletzt, indem sie nur 904,55 M. aus Hamburg eingegangenen Unterstützungsgeldern 740,55 M. zur Auszahlung brachten, das übrige Geld aber unter sich teilten und im eigenen Nutzen verwendeten. Von den Streikenden, die hinter das unehrliche Verhalten ihres Vorstandes gekommen waren, zur Anzeige gebracht, wurden Heid und Schorf vom Schöffengericht wegen Unterschlagung zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Mitangeklagte Hepp mußte dagegen freigesprochen werden, weil gegen ihn ein ausreichender Schuldbeweis nicht zu erbringen war. Mit der Berufung, welche Heid und Schorf gegen das schöffengerichtliche Urteil einlegten, haben sie eine große Unflughet begangen. Obwohl der Gerichtsvorsteher ihnen im Laufe der mit der Abführung von etwa 20 Zeugen verbundenen Berufungsverhandlung nahe lag, ihre Berufungen zurückzunehmen, da sie sonst noch wegen Urteilsänderung strafrechtlich verfolgt werden könnten, fordern die Angeklagten die Entscheidung der Berufungsinstanz. Bei diesem Verhalten verlorren sie auch noch, als ihnen gesagt wurde, daß bei Zurücknahme ihrer Berufungen auch der Staatsanwalt seine Berufung zurückziehen würde, dieses Beharren auf dem eingemauerten Standpunkt war für sie von der unangenehmen Folge begleitet, daß der Staatsanwalt nunmehr die Vertagung der Verhandlung durchsetzte, da er gegen die Angeklagten nun auch noch ein Strafverfahren wegen gewinnlichiger Urteilsänderung einleiten will.

Sport.

* **Prinzen als Fußballspieler.** Die Söhne des Prinzen Friedrich Leopold haben in der Person des bekannten Mitglieds der Berliner Borussia, Herrn Wallis, einen Trainer erhalten, der sie im Fußballspiel unterweisen soll. Inzwischen für Fußball besonders ist eine Reihe von Fußballspielen. Der deutsche Kronprinz ist stets schon verschiedentlich lokale für internationale Wettspiele und best. auch öfters die deutsche. Prinz Max von Baden ist ebenfalls Spieler, ebenso Prinz Arnulf von Bayern, Herzog von Braunschweig, Prinz von Fürstberg u. a. In der Hauptstadt der Reichshauptstadt wird eifrig Fußball gespielt, ebenso ist das Fußballspiel in verschiedenen Regimenten z. B. in Kiel, Wilhelmshafen, Stuttgart, usw. usw. bereits eingeführt. Was also in ist ersichtlich, daß dieser verhältnismäßig junge Sport steigende Aufmerksamkeit verdient.

Gegen die Gründung liberaler Volksvereine

Zu Anlaß an die Meldung von der Auflösung des linksliberalen Volksvereins in Wies (Amt Schoppsheim) hat der „Volkstreu“ aus der Schule geschöpft und der badiischen Welt verraten, daß diesen Vereinen „allliberal“ sich solche Sozialdemokraten angeschlossen hätten, die aus triftigen Gründen als solche nicht auftreten könnten oder wollten. Diese Tatsache veranlaßt die Leitung der nationalliberalen Partei Bodens in ihrem Organ scharf Stellung zu nehmen gegen den Radikalismus, wie er in Klättern vom Schlage der Abener „Radischen Nachrichten“ mit tönenden Worten kultiviert wird, und Front zu machen gegen weitere Gründungen liberaler Volksvereine. Sie begründet ihren Standpunkt wie folgt:

Die nationalliberale Partei muß der Gründung liberaler Volksvereine zum mindesten dort gänzlich ablehnend gegenüberstehen, wo solche Bildungsgilde auf dem Boden bestehender liberaler Organisationen erwachsen wollen, und zwar deswegen, weil sie nur noch größere Unklarheit in den gemäßigteren Herdarm bringen. Deshalb auch bei sich kein nationalliberaler Abgeordneter bereit finden lassen, bei der Gründung des Volksvereins in Nöben Genosse zu werden. Wir haben jetzt nationalliberale, jungliberale, freisinnige, demokratische und nationalsozialistische Vereine. Die Parteien selbst denken nicht daran und können — noch nicht — daran denken, sich miteinander zu verschmelzen. Die Nationalliberalen wollen das am allerwenigsten, denn sie sind ja die Dissidenten. Werden nun noch gemäßigtere Vereine gegründet, so wird damit gerade das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreicht: nicht Einigung, sondern weitere Spaltung. Die Volksvereine werden sich andern mehr und mehr zum Anknüpfel ausbilden. Jede einzelne der liberalen Richtungen wird die Politik der neuen Vereine bestimmen wollen. Sie werden aus Einigungsvereinen geradezu zu Parteien zur Bildung und Förderung liberaler Einigungslisten werden.

Die Einigung im Liberalismus kann nur von den Parteien selbst herbeigeführt werden. Dazu aber ist die Zeit, leider, noch nicht gekommen. Der Antrag zur Einigung freilich, der muß von unten her, muß von den Köpfen der liberalen Männer aller Schattierungen ausgehen. Die Parteileitungen werden dann einmal nur zwingen, was zwingendes Gebot der Zeit ist. Aber die Einigung durch Neubildungen neben bestehenden und an sich lebensfähigen alten Organisationen herbeizuführen wollen, heißt nur die Uneinigkeit vermehren. Die Befürworter der liberalen Volksvereine wollen — an dieser ihrer idealen Bestimmung soll nicht gezweifelt werden — das neue große liberale Haus bauen. Dazu brauchen sie nun aber zunächst aus den Reinen alten Parteihäusern die Fundamentfesten heraus. Das heißt das Pferd beim Schwanz aufhängen. Sie laufen so Gefahr, daß ihnen die alten Gebäude über dem Kopf zusammenbrechen. Dann aber hätten wir zwar verschiedene liberale Trümmerhaufen, aber keine große liberale Partei.

Wenn irgendwo das dringende lokale Bedürfnis näherer und intimer Beteilignahme unter den liberalen Parteien besteht, dann ist dieses Ziel auch ohne neue Vereinsgründung zu erreichen. Dafür hat man Agitationsausschüsse, Verhandlungskomitees oder wie sonst man denartige aus Mitgliedern verschiedener liberaler Vereine zusammengesetzte Körperlichkeiten nennen mag. Ueberall, wo Stimmung dafür vorhanden ist, möge man einen häßlichen lokalen Modus einrichten. Dadurch wird für die liberale Einigung, für die Durchdringung des Staates mit wachem Liberalismus mehr erreicht, als mit dunschillenden Volksvereinen, in denen nach allen möglichen Richtungen gezogen wird. Eine jede Partei habe ihr Jähneln intact; nur so werden sie zum Schließen bereit den gemeinsamen Gegnern Widerstand tun können. Volksvereine können höchstens dort keinen Schaden tun, wo jenseits in der Dörfen lebende Liberale in ihnen gesammelt werden. Rechtmäßigerweise finden sich aber die Äpfel dieser neuen politischen Gebilde gerade solche Gegenden nicht als Bestimmungsort an. Sie greifen lieber ins Sack und nach Möglichkeit ins Volk dort, wo es ihnen bisher nicht zugehörte.

Also noch einmal zum Schluß: Das Werk der liberalen Einigung kann nicht von unten her begonnen werden; es muß von oben her in die Wege geleitet werden, wenn die Zeit gekommen ist, d. h. wenn der Impuls von unten her im ganzen Lande so laut geworden ist, daß er gebieterisch mißl. So weit aber sind wir noch nicht. Um der künftigen Einigung des Liberalismus willen also sollte von der weiteren Gründung von Volksvereinen, als eine Art Modusvereine neben alten Organisationen, Umgang genommen werden.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* **Heidelberg, 26. März.** Die verlaute, soll Geheimrat Casary, der gegenwärtig auf Capri weilt, nach Lissabon berufen worden sein zur Behandlung König Manuels.

* **Böln, 26. März.** Der Prinz von Wales leitete nach Besichtigung seines Denzger Militärregiments der Einladung des Offizierskorps zum Frühstück im Kasino Folge. Die Prinzessin von Wales besichtigte inzwischen das Rathaus, Rudenshaus und den Dom.

* **Königsberg, 26. März.** Der 48. außerordentliche Generaltag der ostpreussischen Landschaft wurde heute vom Oberpräsidenten von Windheim in Gegenwart des Prinzen Friedrich Wilhelm eröffnet. Der Oberpräsident führte in seiner Begrüßungsrede aus: Durch die in diesen Tagen erfolgte allerhöchste Genehmigung der vorjährigen Beschlüsse des General-Landtages werde die Entscheidungsvorlage in Wirksamkeit treten und dadurch der ostpreussischen Landschaft die verantwortungsvolle Aufgabe zufallen, diese erste praktische Entschuldung in großem Maßstabe ein- und durchzuführen. Bezüglich der Kolonisations- und Landarbeiterfrage haben die Wünsche des Kollegiums nicht die Billigung der Regierung gefunden. Dabei wurde aber in allgemeiner Uebereinstimmung die Entvölkerung des platten Landes und der Landarbeitermangel als eine geradezu gefährdende Erscheinung des wirtschaftlichen Lebens Ostpreußens angesehen, wogegen es kein anderes Mittel gebe als innere Kolonisation.

* **Konstantinopel, 26. März.** Die gemeldete Ueberfere der europäischen Soldaten in Adrianopel wurde durch Entrichtung des rüchständigen Soldes abgemeldet. Der türkische Gesandte in Athen Rifari Bey wurde zum Vorkämpfer in London und der Volkshüter in London Abdulla Hamid Bey zum Gesandten in Madrid ernannt.

* **Washington, 26. März.** Nach einer Redepredung des deutschen Vorkämpfers Fern. Ober von Sternburg mit dem Staatssekretär Root wurde hier die Nachricht verbreitet, daß ein Schreiben aus Berlin unterwegs sei, welches vollkommene Klärung über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber den als Nachfolger des Vorkämpfers Charlemagne Tower in Aussicht genommenen gilt gebe.

Der Kaiser in Venedig.

* **Venedig, 26. März.** Der Kaiser fuhr heute 10 Uhr früh mit dem König von Italien, der ihn an Bord abholte, in den italienischen Königspalast. Die Kaiserin unternahm eine Gondelfahrt und besichtigte die Paläste Giuonellis und Martinengos. Auch Prinz Wilhelm und Prinzessin Luise unternahmen Besichtigungen.

* **Venedig, 26. März.** Der Kaiser und der König besuchten heute vormittag einige Museen. Der Kaiser folgte heute mittag der Einladung der Gräfin Morosini zur Tafel. Der Kaiser verließ den General Trombay den Kronenorden I. Kl.

* **Rom, 25. März.** „Giornale d'Italia“ schreibt: Wohlgebendste italienische Kreise legen der Zusammenkunft in Venedig die Bedeutung bei, daß die herzliche Begegnung der Souveräne genau dem jetzigen Stande der Beziehungen beider Regierungen entspreche. In beiden Ländern würdige man völlig übereinstimmend die Vorteile, die der Bündnisvertrag den verbundenen Mächten bietet. Daß die Beziehungen zwischen ihnen jetzt ausgezeichnet sind, zeige auch die gestrige Rede des Reichskanzlers, der als die Grundzüge der Aktion der Mächte im Orient den Berliner Vertrag bezeichnete. Vom Rüstgeger Uebereinkommen habe Billow ebenfalls gesprochen wie Tittoni in seiner letzten Rede. Die völlige Gleichheit aller Mächte, die den Berliner Vertrag unterzeichnet haben, habe auch Deutschland proklamiert. Die Grundzüge der deutschen Orientpolitik scheine also mit der italienischen völlig übereinzustimmen.

* **Rom, 26. März.** „Popolo Romano“ schreibt: Welches auch immer der Charakter der Zusammenkunft sein möge, Rom sendet der kaiserlichen Familie ehrerbietigsten Gruß und die aufrichtigsten Glückwünsche. Rom wünscht der deutschen Nation zunehmende Größe. Die Sympathie und die Bewunderung für Kaiser Wilhelm beim italienischen Volke ist so festgewurzelt, daß es jedesmal, wenn er den italienischen Boden betritt, ein Gefühl lebhafter Begegnung empfindet, wie eine Familie

bei Ankunft eines teuren genialen Freundes. Die Zusammenkunft in Venedig ist ein neuer Beweis der Freigiebigkeit, der zwischen den beiden Dynastien und den beiden Nationen bestehenden herzlichen Beziehungen, die keine, auch nur vorübergehende Wolke trüben kann. Die Zusammenkunft ist eine neue Bestätigung der vollkommenen Harmonie der Mächte des Dreikönigs, der heute mehr als je in der ganzen Welt als ein Friedensbündnis angesehen wird.

König Eduards Reisen.

* **Stockholm, 26. März.** Dem hiesigen Hofe ist die Mitteilung zugegangen, daß der König und die Königin von England mit der Prinzessin Viktoria am 26. April einen Besuch in Stockholm abzusatten gedenken.

Deutscher Reichstag.

w. Berlin, 26. März.

Aus Bundesratlich Reichskanzler Fürst Billow, von Bethmann-Hollweg, von Schorn, von Tirpitz, Dr. Nieberding, Kraetke und Dernburg.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 120 Uhr. Zur zweiten Ergänzung des Etats für 1908 Steuer- und Postverhältnisse berichtet

Erzberger (Ztr.). Eünftliche Forderungen werden detailliert bewilligt.

Bei der Beratung des Etats des Reichskanzlers und der Reichskanzlei kommt

Staatssekretär Kraetke auf die Verdächtigungen Bebel zurück, daß das Kriegsgeheimnis nicht gewahrt werde, er legt hiergegen energisch Verwahrung ein und verlangt Spezialfälle. Werden der Verwaltung solche Fälle bekannt, so sorgt sie dafür, daß dem Bebel völlig Genüge geschieht. Bezüglich des von Bebel angeführten Falles Possimof, bei dem der Untersuchungsrichter die Post beauftragte, ihm die bestellten Briefe auszubändigen, sei der Untersuchungsrichter hierzu berechtigt gewesen.

Singer (Soz.) erklärt, bei der dritten Lesung auf den Fall zurückzukommen.

Lattmann (wirtd. Ver.) kommt auf die letzte Rede Raumanns zurück und wirft diesem eine blendende Rhetorik und Einseitigkeit vor. Wer die sozialistische Revolution unterläßt, der helfe mit, Deutschland zu einem Anarchistenplatz zu machen. Der Einmischung müsse man große Aufmerksamkeit schenken, ebenso dem Besuch der Ausländer auf unseren Universitäten. Was das Wahlrecht anbetreffe, so stimme keine Partei der Revolution zu, welche die Sicherung des Wahlrechts anstrebe. Seine Partei wolle auf keiner Seite Wahlterrorismus. Die Einführung des geheimen Wahlrechts sei nötig, um den sozialistischen Terrorismus abzuwehren, den ein gebremstes Auktural der sozialistischen Frauenvereine bereits anknüpft. Für den Beamten sei ein Koalitionsrecht, das den Streikzwang einschließt, unannehmbar.

Fürst Billow stimmt den Ausführungen des Korredner zu, namentlich dessen Worten über die Pflicht der Beamten gegen den Staat und das Verhältnis der Beamten zum Staat; dessen Anregung über die Lage und die Verhältnisse der Beamten verbiete sorgfältige Prüfung. Weiter wolle er sich über eine Reform des preussischen Wahlrechts äußern. Redner kommt auf die sozialdemokratische Resolution zu sprechen, welche das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht im Reich, in den Bundesstaaten und in Hoch- und Niederrhein verlangt. Diese Resolution sei für den Bundesrat nicht annehmbar. Er wiederhole den Hinweis, daß der Reichskanzler und die Minister der Einzelstaaten nicht verpflichtet sind, hier Rechenschaft über bundesstaatliche Angelegenheiten zu geben. Es sei seine Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Parlamente nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine Vermischung von Reichs- und bundesstaatlichen Angelegenheiten bringe Gefahr für die verfassungsmäßige Ordnung. Eine reinliche Scheidung der Angelegenheiten der Einzelstaaten und der Bundesangelegenheiten werde in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in jedem anderen föderalistischen Staate beobachtet. Gegenüber Bebel betont er, er werde es niemals zulassen und nie dulden, daß die Beschlüsse des Hauses von einer Stelle beeinflusst würden, welche kein verfassungsmäßiges Recht dazu hat, oder daß ein Organ des Reiches über seine Zuständigkeit hinaus Einfluß auf die Verfassung der Einzelstaaten auszuüben sucht.

Die Erklärung der preussischen Staatsregierung zur Wahlrechtsreform im Abgeordnetenhause habe doch keine Kritik des Reichstagswahlrechtes enthalten, vielmehr habe sich die preussische Regierung nur gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ausgesprochen (Munche links), dagegen nicht die Frage erörtert, ob das Reichstagswahlrecht im Reiches nützlich sei oder nicht. Es sei lediglich die Uebertragung der Regierung erklärt worden, daß das Reichstagswahlrecht in Preußen dem Staatswohl nicht entspreche. Wenn Redner wirklich ein kritisches Wort über das Reichstagswahlrecht gesagt habe, so sei das doch nicht sakrosankt, während es erlaubt sei, das preussische Wahlrecht herunterzusetzen; auch das Reichstagswahlrecht sei schon geändert worden, er erinnere an das sog. Klotzgesetz. (Seitertzeit.)

In der deutschen Tagesliteratur sei man noch anderen Vorwürfen begegnet. Er referierte nur, aber es würde ihm niemand widerlegen können, wenn er sage, daß kein anderes Wahlrecht auf die Reihe des Urteils, die geistige Bildung und die politische Erfahrung so wenig Rücksicht nehme, als das gleiche, allgemeine, direkte Wahlrecht. (Sehr richtig! rechts.)

Redner bespricht dann einen Artikel von Friedrich Derenburg, der das Reichstagswahlrecht angriff, weil es dem Geistes- und Kulturleben nicht gerecht werde. Er sei kein Reichshandwerker und treibe keinen Gewerbetreibenden. An Dogmen in der Politik glaube er überhaupt nicht. (Munche.) Glaubt man wirklich, daß die Volkshüter und Presbiter eines Landes ausschließlich oder auch nur überwiegend abhänge von der Form seiner Verfassung oder gar seines Wahlrechts? Glaubt man wirklich, daß das von Herrn Derenburg so perhorrescierte Wechselsystem so viel schlechter regiert werde als Dänik? (Stürmische Heiterkeit.) Im jedes Regierungsverständnis auszufüllen, wolle er ausdrücklich versichern, daß die Regierungen keine Änderung des bestehenden Reichstagswahlrechts planen. Was aber für das Reich gut oder wenigstens erträglich sei, brauche es noch lange nicht für die Einzelstaaten zu sein. Im Reichstagswahlrecht komme der nationale Gedanke zum Ausdruck gegenüber dem liberalen Charakter des Bundesrats. Schon deshalb sei eine Gleichstellung des preussischen Bundesstaates mit dem Reiches nicht zulässig. Er weise aber weiter auf die Verschiedenheit der Aufgaben im Reiches und in Preußen hin. Im Reiches handle es sich um große nationale Aufgaben. Herr, Klotz, Kolonnen, Sozialpolitik, in Preußen um Kirche, Schule und Verwaltung. Im Reiches werden die großen Verbrauchgaben erhoben, an denen jeder Konsument mehr oder weniger beteiligt sei. In den Einzelstaaten gelte die direkte Steuer nach dem Maße der Leistungsfähigkeit. Deshalb müsse man im Reiches ein Wahlrecht auf der breitesten Basis als gerechtfertigt erachten.

Volkswirtschaft.

Badische Affecuranz-Gesellschaft N. O., Mannheim.

In der heute Vormittag im Lokale der Gesellschaft abgehaltenen Generalversammlung waren 780 Aktienvertreter. Herr Geh. Kommerzienrat Ladenburg eröffnete und präsierte in Verbindung des Vorsitzenden des Aufsichtsrats und dessen Stellvertreter die Versammlung. Die Regularien wurden einstimmig genehmigt und Vorstand und Aufsichtsrat Decharge erteilt. Die turnusgemäß aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Herren Dr. Gustav Hohenemser, L. Jordan und Geh. Kommerzienrat R. Lenzel wurden auf Vorschlag des Herrn Direktors Frank per Affirmation einstimmig wiedergewählt. Nach Mitteilungen seitens der Direktion nahm das versessene Jahr für die Transportversicherung einen sehr ungünstigen Verlauf. Große Verluste entstanden infolge Streikes von Holzarbeitern, Reichsleuten und Eisenbahnarbeitern. Sehr bedeutende Schäden entstanden ferner durch Feuer und Diebstahl. Das Flug-Transportgeschäft war durch die niedrigen Wasserstände gehindert. Auf der einen Seite sei eine starke Zunahme der Schäden und auf der andern eine fortgesetzte Verschlechterung infolge der übermäßigen Konkurrenz zu verzeichnen. Das Jahresergebnis sei infolgedessen nicht als befriedigend zu bezeichnen. Wenn trotzdem die gleiche Dividende wie im Vorjahre zur Verteilung komme, so sei dies nur den Rücklagen zu verdanken, die in früheren Jahren vorgenommen wurden. Die Monate Januar und Februar des neuen Jahres seien wesentlich günstiger als im Vorjahre. Der Monat März scheint sich aber ungefähr auf dem gleichen niederen Niveau zu bewegen, wie letztes Jahr.

Herr Geh. Kommerzienrat Ladenburg wies darauf hin, wie nützlich und richtig die Rückstellungen im Interesse der Aktionäre waren. Man wäre dieses Jahr nicht in der Lage, eine solche Bilanz vorzulegen, wenn nicht in früheren Jahren gespart worden wäre. Die Prämien seien durch den Druck der Konkurrenz zurückgegangen und eine große Anzahl Schäden seien zu verzeichnen. Außerdem sei zu berücksichtigen, daß durch den niedrigen Wasserstand sowie durch die verschiedenen Streiks große Verluste entstanden seien.

Namens der Aktionäre sprach Herr Bankdirektor K. Suhn der Direktion für ihre Tätigkeit sowie dem Aufsichtsrate für dessen Bemühungen den herzlichsten Dank aus.

Die Bilanz verzeichnet in Aktiva: Solowechsel der Aktionäre 1.500.000 M., Kassenbestand 2815, Bank-Konto 145.000, Mobilien-Konto 100, Effekten-Konto 1.075.929, Hypotheken-Konto 1.346.800, Wechsel im Portefeuille 27.683 (i. V. 128.094), Guthaben bei den Banken 344.379 (i. V. 456.861), Debitoren 906.095 (i. V. 726.167) M.; an Passiva: Aktien-Kapital 2.000.000 M., Kapital-Reserve-Konto 600.000, Spezial-Reserve-Konto 200.000, Rückverrechnung-Reserve-Konto 135.000 (i. V. 235.000), Beamten-Unterstützungsfonds-Konto 82.342 (mit diesjähriger Ueberweisung M. 87.324,21) Kreditoren 171.125 (i. V. 192.420), Prämien- und Schadenreserve etc. 1.900.000, Gewinn- und Verlust-Konto 259.314 (i. V. 264.530). Die Einnahmen setzen sich zusammen aus Saldo-Vortrag vom Jahre 1906 März 11.018 (1905 2184), Vortrag der Prämien- und Schadenreserve vom Jahre 1906 1.900.000 (1905 1.800.000), Prämien-Einnahmen aus Transport-Versich. abzüglich Walfalggeb. und Rabatte 2.935.571, Erträge der Kapitalanlagen und sonstige Einnahmen 115.914 (i. V. 119.906), die Ausgaben: Rückversicherung-Prämien M. 1.012.495 (i. V. 1.007.196), Provisionen und Agenten-Umsatzen 355.682 (i. V. 392.789), bezahlte Schäden, abzüglich des Anteils der Rückversicherer 1.274.477 (i. V. 1.209.681), Verwaltungskosten, Steuern, Gewinnbeteiligung, Kurdenverlust etc. 182.625 (i. V. 149.768).

Der Verwaltungsrat beschloß sich auf M. 2.150.314 (i. V. 2.164.530). Nach Abzug von M. 1.900.000 Reserve, wie im Vorjahre, verbleibt ein Reingewinn von M. 259.314 (i. V. 264.530) der wie folgt Verwendung findet: Dividende an die Aktionäre M. 87.500 pro Aktie M. 175.000, Fünftel an die Direktion und Aufsichtsrat, Provisionen M. 97,4, Ueberweisung an den Beamten-Unterstützungsfonds 5000, Vortrag auf neue Rechnung 9240,22. Eine Ausschüttung zum Kapital-Reservefonds unterbleibt da dieser die statutenmäßige Höhe überschritten hat.

Infolged einer Mannheimer Firma. Die Zuckfabrik Karl Steiner dahier, befindet sich, wie wir hören, in Zahlungsschwierigkeiten.

Infolged der Großmühle G. F. Hefft Söhne, Bammental.

Die Firma G. F. Hefft Söhne, Mühlenbetrieb in Bammental, befindet sich in Zahlungsschwierigkeiten, die namentlich durch große Verluste bei der letzten Getreidebewegung hervorgerufen wurden. Die Firma strebt ein Arrangement mit ihren Gläubigern an. Man sprach anfänglich von 60 Prozent. Beteiligt sind verschiedene hiesige Getreidefirmen und zwar mit M. 150.000 bis herunter zu M. 30.000 und noch kleineren Beträgen. Die Forderung einer Bank beläuft sich auf M. 730.000, wovon sie für M. 400.000 Sicherheit und zwar auf das Anwesen besitzt.

Es schweben bereits Verhandlungen, die Firma G. F. Hefft Söhne in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Die Gläubiger sollen von ihrer Forderung 68 Prozent erhalten, so daß nur 32 Prozent verloren gehen. Diese 68 Prozent sollen in 4 Raten auszubezahlt werden.

Wie wir weiter hörten, schwebten Verhandlungen mit der Derrrenmühle Genz-Heidelberg wegen einer Fusion mit Bammental, die sich aber zerlegt haben.

Wie wir noch weiter in Erfahrung bringen konnten, lassen die heute nachmittag geschlossenen Unterhandlungen einen ziemlich befriedigenden Ausgang der Angelegenheit erhoffen, die innerhalb weniger Tage beendet sein wird.

Wie wir von unterrichteter Seite noch erfahren, sind die Verluste hauptsächlich durch den Rückgang auf dem Getreidemarkt verursacht worden. Mehrere hiesige und auswärtige Getreidefirmen sind teils mit bedeutenden Beträgen beteiligt. Wie wir später erfahren, lassen sich die genauen Summen noch nicht feststellen, da noch Kontakte abzunehmen sind. Die Unterbilanz soll nicht sehr bedeutend sein vielmehr dürften die Gläubiger auf eine ganz erhebliche Quote rechnen können. Es ist sehr wahrscheinlich, daß eine außergericht-

liche Erledigung der Angelegenheit in aller Eile durch Entgegenkommen der Gläubiger erfolgt.

Zahlungsschwierigkeit der Schuhfabrik G. Müller in Birmanens.

Auffsehen erregt die Zahlungseinstellung der Schuhfabrikanten G. Müller in Birmanens infolge großer Verluste und weil er im vorigen Jahre einen größeren Geldbetrag verbaut hat. Die Schulden betragen 151.100 M., denen etwa 48.100 M. Aktiven gegenüberstehen. Müller bietet 40 Prozent, zahlbar in drei Raten, unter Bürgschaft seines Schwiegervaters. Eine Gläubigerversammlung findet Montag statt.

Öprezentige Chinesische Staatsanleihe von 5 Mill. M. zur Erbauung der Eisenbahn von Tientsin nach Pufow (am Hangtschuan).

Dem von der Deutsch-Orientalischen Bank veröffentlichten Prospekt zufolge werden von dieser Anleihe am 30. März in Deutschland 1.800.000 M. und gleichzeitig in England 1.100.000 M. zur Zeichnung aufgelegt. Der Subskriptionspreis beträgt 98 1/2 Prozent. Die Tilgung der Anleihe beginnt erst im Jahre 1919 und soll in 20 gleichen jährlichen Raten erfolgen. Der Chinesischen Regierung steht das Recht veräußerter Tilgung von dem genannten Zeitpunkt an zu; doch muß bis zum Jahre 1923 jede vorzeitige Rückzahlung von Obligationen zum Kurse von 102 1/2 Prozent erfolgen. Sichertgestellt ist der Anleihebedienst durch eine Reihe von Einkünften und anderen Staatseinnahmen in einem Betrage, der zum heutigen Kurse des Goldmark Tals von 2 sh. 10 d. einer Summe von 535.833 M. für das Jahr entspricht, während der Anleihebedienst im Lauf der ersten 10 Jahre nur 250.000 M., in den letzten 20 Jahren 500.000 M., folgend bis auf 262.500 M., erfordern wird. In erster Linie sollen aber, sobald der Betrieb eröffnet ist, die eigenen Einnahmen der Bahn den Anleihebedienst decken. Diese werden den Bedarf voraussichtlich bald übersteigen. Den Ueberrest wird die Chinesische Regierung bis zur Höhe des nachschüssigen Zinsesfordernisses bei den mit dem Anleihebedienst betrauten Banken einzahlen, so daß die für den Zinsendienst erforderliche Jahressumme voraussichtlich stets ganz oder teilweise bereit liegen wird.

Die Tientsin-Pufow Bahn führt in nordöstlicher Richtung von Tientsin aus, wo sie sich an das nordchinesische Eisenbahnenetz anschließt. Langs dem jetzt größtenteils verfallenen Kaiserkanal zunächst durch die Provinzen Chihli und Schantung. In Tientsin, der Hauptstadt der letzteren, trifft sie auf die deutsche Schantungbahn. Dieser bis zur Südgrenze Schantungs reichende nördliche Teil der Linie ist 655 Kilom. lang, und für ihn ist in bezug auf die Bauleitung und die Lieferung von Materialien die vorzugsweise Berücksichtigung deutscher Interessen vertragmäßig sichergestellt. Der Ingenieur wird hier ein Deutscher sein (die von der Chinesischen Regierung vorgesehene Ernennung des hiesigen an der Schantungbahn beschäftigten Ing. Preussischen Eisenbahnen- und Betriebsinspektors Doernmüller für diesen Posten wurde kürzlich genehmigt), und die Aufträge sollen, soweit die Chinesen sie nicht zu den gleichen Bedingungen übernehmen können, in erster Linie an deutsche Firmen vergeben werden. Entsprechendes ist für die 400 Kilom. lange sübliche Strecke von der Südgrenze Schantungs bis Pufow am Hangtschuan zugunsten der englischen Interessen vereinbart. Pufow liegt auf dem nördlichen Ufer des Hangtschuan, gegenüber der großen Handelsstadt Kantung, von wo eine Bahn nach Schanghai führt. Der neue Schienenweg, der mittels Schanghai in direkte Verbindung mit Tientsin und Peking bringt, verleiht eine Hauptverkehrsader des Chinesischen Reiches zu werden. Besonders darf noch darauf hingewiesen werden, daß die Tientsin-Pufow Bahn der Schantungbahn und dem deutschen Salsenpung-Tientsin im Kinai-Kongebiete einen reichen Verkehr zuführen dürfte. (Näheres siehe Inserat in vorstehender Nummer.)

n. Mannheimer Produktenbörse. Unter dem Einfluß der schwächeren Verhältnisse der Auslandsbörsen, sowie infolge der bei uns nunmehr eingetretenen wärmeren Witterung verleiht der hiesige Markt in ruhiger Haltung. Kennenwerte Umsätze kamen nicht zustande. Die Reaktionen im hiesigen offiziellen Kursblatt haben keine Veränderung erfahren. Die offizielle Tendenz lautet: Getreide unerschwert ruhig.

Vom Auslande werden angeboten die Tonne, gegen Kasja, ein Rotterdam: Witzgen Kaplata-Papira-Blanca oder Parletta-Papira März-April M. 154, da ungarische Kasja per März-April M. 157, da. Solario-Santa-Jé per April-Mai M. 156. Ulla Santos März M. 181,50, Rumänien nach Ruiter 70-80 kg. Schwimmsend M. 168, da. 78-79 kg. Schwimmsend M. 166; Roggen 0 Sub 10-15 März-April M. 156, Bulgar-Rumän. 71-72 kg. Schwimmsend M. 157; Getreide russ. 58-59 kg. Schwimmsend M. 127, da. 59-60 kg. Schwimmsend M. 125; Hafer russischer prompt 46-47 kg. — da. 47-48 kg. prompt M. —, Tonan nach Ruiter Schwimmsend M. 107—110, Kaplata 46-47 kg. März-April M. 109; M. a. i. Kaplata gelb re. per April-Mai M. 112, amerikanischer M. i. g. —, Tonan-Mais März-April M. 115 und Odeha-Mais per Schwimmsend M. 118,50.

Ad. Teichmeier, A.-G., Reaktor Wollfaltenfabrik in Reuthe (Haupt). Der Aufsichtsrat schlägt für das erste Geschäftsjahr 5 Proz. Dividende vor.

Die Straßburger Bank, G. Stilling, P. Valentin u. Co. in Straßburg i. G. weiß für 1907 einen Nettogewinn von 1.035.106 M. (i. V. 929.590 M.) aus; dagegen demnachsprudien die Verlusten März 189.773 (170.540 M.), Gewinnanteile und Behaltungen 65.000 M. (57.600 M.) und Rücklagen 64.000 M. (64.067 M.), der Reingewinn beträgt 750.533 M. (646.41 M.), woraus wieder 7 Proz. Dividende auf das Aktienkapital von 5 Mill. M. verteilt werden. Die Geschäftsinhaber erhalten 100.000 M. (140.000 M.) und 18.533 M. (15.451 M.) verbleiben als Vortrag.

Die Kadener Lederfabrik schließt das Geschäftsjahr nach Abschreibungen in Höhe des Vorjahres (rund 30.000 M.) mit 52.261 M. Verlust (1737 M. Gewinn).

Der Gergarmarin-Beretta nimmt erhebliche Betriebsrückstellungen vor. Eine größere Anzahl Arbeiter werden entlassen.

Der Stadt Nürnberg ist jetzt die Genehmigung zur Ausgabe der M. 5 Millionen Ayros-Stadianleihe erteilt worden.

Zum Jahresabschluss des Rathhaus Friedberg. Ueber die gestrige Generalversammlung der Berliner Automobilzentrale A.-G. bekanntlich eine der vielen Veränderungen Friedbergs, schreibt die „Arch. Ztg.“, daß dem Verlust der Gesellschaft aus Friedbergs Ruhest von M. 650.000 ein Betrag von M. 400.000 gegenübergestellt werden könne, da man gegen Zahlung von M. 5000 vom Konkursverwalter der Bankfirma M. 400.000 in Aktien der Zentrale zurückzuerlangen hoffe. Nach vorläufiger Schätzung ergäbe sich im Abwärtigen von M. 190.468. Es soll nun das Aktienkapital von 3 zu 1 auf M. 200.000 zusammengelegt und restliche M. 80.000 des Verlustes durch eine Zuzahlung von 30 Proz. auf die zusammengelegten Aktien getilgt werden. Die M. 60.000 Vermittel würden zur Umgestaltung der Wagenstände dringend gebraucht. Abhandelt sei ein Jahresvertrag von M. 86.000 einwärts, gegenüber höchstens M. 80.000 Spesen. Die Gesellschaft besitze noch einen mehrjährigen Generalvertretungsvertrag mit der Ripe-Werkstätte in Wuppel, der 27 Proz. Beteiligung an jedem verkauften Wagen gewähre. Die noch verbleibenden alten Aufsichtsratsmitglieder erklärten auf Verlangen, keinerlei Schadenersatz freizustellen zugunsten, da sie ebenso wie jeder andere von Friedberg dupliert worden seien.

Fiskus und Kolonialen. Rummehe beginnt auch der Fiskus auf seinen Forderungen mit der Errichtung von Kolonialen. Zunächst wird auf der hiesigen Insel jede Kolonial mit einer modernen Anlage begonnen, welche auch der Gewinnung von Nebenprodukten dienen soll.

Neue Investitionen. Die Gesellschaften Junie u. Levin in Hamburg befindet sich in Zahlungsschwierigkeiten.

Ueber das Vermögen der Brauerei Niederweiler G. m. b. H. in Niederweiler bei Rülshelm in Baden wurde Konkurs eröffnet. — Konkurs Jely Eberbach-Berlin. Das Konkursverfahren konnte nur nach Einzahlung eines Restenbetrages von 3000 Mark eröffnet werden. Der Status ist für die Gläubiger ein sehr ungünstiger, denn die Aktiven betragen nur etwa 8025 M. bei Passiv 787.151 vorerklärten Forderungen. Eine Dividende sieht für die Legieren nicht in Aussicht.

Telegraphische Handelsberichte.

Deutsche Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M. Der Geschäftsbericht für 1907 bezeichnet die Entwicklung des laufenden Geschäftsjahres der Bank als befriedigend. Die Zahl der Kontoinhaber habe sich vermehrt, ebenso die Zahl der Deponenten. Die Vermietung der Schranckstraße habe einen vielversprechenden Anfang genommen. Der Nettogewinn beträgt 1.683.345 M. (i. V. 1.900.371 M.), die Dividende 1.350.000 M. (i. V. 1.500.000 M.) oder 4,5 Prozent (5 Proz.).

Stuttgarter Effektenbörse. Der Vorstand teilt nach der Zeff. Ztg. mit, daß die Maschinenfabrik Göttingen-Stammaktien mit Rücksicht auf die im Gang befindlichen Unterhandlungen auch nach dem 1. April bis auf weiteres einschließlich Dividendenbescheins für 1907-08 und mit Zinsberechnung ab 1. April 1908 gehandelt werden.

Dividendenbescheins. Die Sattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau- und Hüttenbetrieb verteilt in Zeff. Ztg. eine Dividende von 14 Prozent (i. V. 17 Proz.).

* Köln, 26. März. Die „N. Ztg.“ meldet aus Düsseldorf: Die große Getreideverehrung Kaufmann u. Hügel hat ihre Zahlungen eingestellt.

* Krefeld, 26. März. Die Hüttenwerke Hüttenberg und Solm verteilt für 1907 auf ein Aktienkapital von 2.300.000 Mark in Zeff. Ztg. 3 Prozent Dividende (4 Prozent i. V.).

* Leipzig, 26. März. Im Konkurs der Planfabrik J. C. Kothe, Börsen i. Thür., welche mit 240.000 Mark Unterbilanz in Konkurs geraten ist, wird nach Mitteilung des Konkursverwalters H. Zeff. Ztg. eine Quote von 7-10 Prozent verteilt werden.

* Berlin, 26. März. In der heutigen General-Versammlung der Deutschen Bank teilte Generaldirektor Koch mit, daß für das laufende Geschäftsjahr die Lage besser ist als im Vorjahre. Die angebahnte Besserung in den Vereinigten Staaten läßt auf Europa eine günstige Auswirkung aus. Gleichwohl läßt die Lage unseres Geldmarktes noch andauernd zu wünschen übrig, da infolge der übertriebenen Unternehmungslust und hohen Kreditgewährung in den vergangenen Jahren eine Geldknappheit eingetreten ist. In den ersten drei Monaten haben sich die Umsätze erhöht, was freilich auch mit Erhöhung der Verlusten verbunden ist. Die Bestrebungen auf Provisionserhöhung für Akzeptkredite seien berechtigt, als man hierbei nur geringen Nutzen habe. Der laufenden Geschäftsentwicklung kann man mit Vertrauen entgegensehen.

Mannheimer Effektenbörse

vom 26. März. (Offizieller Bericht)

Am Verkehr standen heute: Badische Brauerei-Aktien zu 100 Prozent. Conto wären noch die Aktien der Zuckerrefinerie Mannheim zu erwähnen, die zu 73 Prozent gekauft wurden.

Table with columns: Pfandbriefe, Städte-Anleihen, Industrie-Obligationen, and Aktien. Lists various financial instruments and their market status.

Table with columns: Renten, Eisenbahnen, Chem. Industrie, Brauereien, and Industrie. Lists various financial instruments and their market status.

Kursblatt der Mannheimer Productenbörse

Table with columns for various commodities like wheat, oil, and sugar, listing prices and market status.

Getreide unverändert ruhig. Oesterreichisches Petroleum notirt 58 auf Weiserer: W. 22,70...

Frankfurter Effectenbörse.

Table listing stock prices for various companies and bonds in Frankfurt.

Aktien industrieller Unternehmen.

Table listing stock prices for industrial companies like Siemens, Siemens & Halske, etc.

Bergwerks-Aktien.

Table listing stock prices for mining companies.

Aktien deutscher und ausländischer Transport-Anstalten.

Table listing stock prices for transport companies like Deutsche Reichsbahn.

Handbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table listing bond prices and interest rates for various banks and institutions.

Bank- und Versicherungskursen.

Table listing bank and insurance rates, including exchange rates and interest.

Berliner Effectenbörse.

Table listing stock prices for various companies and bonds in Berlin.

Privatbank: 4 1/2 %.

W. Berlin 26 März. (Telegr.) Nachberje. Creditanstalt 202 2 202 6...

Pariser Börse.

Table listing stock prices for various companies in Paris.

Londoner Effectenbörse.

Table listing stock prices for various companies in London.

Liverpool, 26. März. (Anfangskurse.)

Table listing market prices for Liverpool.

Deutsche Schiffahrts-Telegramme.

Southampton, 24. März. (Drachbericht der Brits Star Line Southampton.) Der Schnelldampfer 'Teutonic' am 18. März von New-York ab...

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegramm-Adresse: Margold. Fernsprecher: Nr. 56 und 1637. 26. März 1908. Provisionsfrei.

Large table listing various companies and their stock prices, including names like A.G. für Mühlenbetrieb, etc.

Geschäftliches.

Die Firma Sigm. Girsh hat ihr Geschäft von F 8, 1 nach F 2, 4a verlegt. In den neuen, bedeutend größeren Lageräumen sind Kuchenzimmer von einfacher bis zu den elegantesten Wohnungseinrichtungen angelegt.

Verantwortlich: Für Politik: Dr. Frig. Wolkenbaum; für Lokales, Provinziales u. Gerichtssetzung: Rich. Schönbauer; für Volkswirtschaft u. den übrigen redaktionellen Teil: Karl Hoff; für den Inseratenteil und Geschäftliches: Franz Girsh. Druck und Verlag der Dr. & Co. Schönschen Buchdruckerei. G. m. b. H. Director: Graf Müller.

Large advertisement for Van Houten's Cacao, featuring the brand name in large letters and a testimonial about its quality as a daily beverage for adults and children.

